



achtung.
 Men-Abd ist auf zwei
 Nähere Auskünfte in der
 (730-13)

erlel.

230 hold ré-
 f. é. Sz. Mihály

atz Béla tulaj-
 (729-13)

tung.

990 Joh bestehende Gutsan-
 ansatzungen auf 6 Jahre bei
 ausstehenden öffentlichen Verträgen
 Der Auktionspreis beträgt 500
 Centales annehmbar u. 3 bis
 (Station) die später einlan-
 gung befähliche, den Waisen
 folgende Jahre unter denselben
 Johann v. Sz. u. in gleicher
 gegeben und beträgt der Aus-
 (725-12)

Siefen

Wald

ldlich zu vergeben.
 zu Pankota. (727-12)

Ein

ueripribe

guten Zustande, ist aus freier
 zu verkaufen. Näheres zu er-
 M. Brüll, Juwelier.
 (719-13)

hörigkeit!

ndung

tes (Schöröh-

orte voix en mi-

nam in Paris.

ur Bekämpfung dieses Uebels
 ist nach dem Obere geformt, hat
 ein Meter im Durchmesser, trotzdem
 die Trane dadurch keine Zerkünder
 die Schwere der Bewegung
 von dem 100 jährigen Zinken
 ist gerichtet. Mit einem Worte,
 die Bekämpfung dieser beschwerlichen
 mit Gebrauchsanweisung und
 durch die Post überall im
 (687-66)

Svar, Verstadt Adrif,
 und Umgebung übernommen hat.
 H. O. W.

verkauft 10 fl 80 kr.

Pränumerations-Preise

Die Stadt:	Mit Postversendung:
10 fl. — 6	12 fl.
5 — 3	6 —
2 — 50	3 —

Ercheint jeden Sonntag, Dienstag und
 Donnerstag.

Pränumerations-Preise

Die Stadt:	Mit Postversendung:
10 fl. — 6	12 fl.
5 — 3	6 —
2 — 50	3 —

Ercheint jeden Sonntag, Dienstag und
 Donnerstag.

Pränumerations-Preise

Die Stadt:	Mit Postversendung:
10 fl. — 6	12 fl.
5 — 3	6 —
2 — 50	3 —

Ercheint jeden Sonntag, Dienstag und
 Donnerstag.

2. Sept.	
Geld	Waise
40 fl.	35 50
20 fl.	21 00
20 fl.	20 00
10 fl.	14 75
100 fl. holl.	94 40
100 fl. südd.	94 50
100 M. B.	83 50
10 L. St.	11 60
100 Francs.	44 25

5-5 pC
 6 pC
 111 50 - 111 55

Sinkler'schen Neugebäude

Nro. 109.

Donnerstag den 10. September 1863.

XII. Jahrgang.

Arader Zeitung.

Redaction:
 Hauptplaz, im Winkelischen Neugebäude, 1. Etz
Expeditions- und Insertions-Bureau
 Hauptplaz, 5. Goldschmied's Buchhandlung.
 Für das Ausland übernehmen Aufträge für
 Inserate die Herren Haasenstein & Vogler in
 Hamburg-Altona, Otto Molien u. die Jäger'sche
 Buchhandlung in Frankfurt a. M. und N. Schulz
 & Comp. in Leipzig.
 Manuscripte werden nicht zurückgeschickt.

Siebenbürgischer Landtag.

E. G. Hermannstadt, 5. September. (Orig.-Corr.)
 Die Specialdebatte über die erste von. Proposition ist heute
 nach sechstägiger Dauer beendigt worden. Die 7
 Paragrafen dieses Gesetzesentwurfes haben somit 8 Sitzungen,
 von vier- bis fünfständiger Dauer, in Anspruch ge-
 nommen, und wenn es demnach zur Erledigung aller eif-
 züglichen Propositionen, von denen jede eine weit grö-
 ßere Anzahl von Paragrafen als diese erste enthalten
 dürfte, kommen sollte, und die Nothwendigkeit der Landtags-
 sänger sich auf der gleichen Höhe erhält, so würde es
 einer Jahre lang andauernden Session bedürfen, bis der
 siebenbürgische Landtag die ihm zur Lösung zugewiesene Auf-
 gabe bewältigen könnte. Dazu wurde noch von dem Depu-
 taten Pajda am Beginn der gestrigen Sitzung nach Ver-
 lesung des Protocolls der Antrag gestellt, es solle, da die
 Mitglieder des Landtages nicht genug Zeit gehabt hätten,
 um in der letzten Sitzung bezüglich des 3. Paragrafen ge-
 fälligen Beschluß reichlich zu überlegen, derselbe als ungiltig
 erklärt und der Gegenstand jener Sitzung re-assumirt
 werden, nachdem der Präsident den vor der Abstimmung
 gehaltenen Antrag auf Vertagung der Debatte nicht berück-
 sichtigt habe. Der Präsident bestritt diesen Antrag
 jedoch unter Zustimmung des Hauses mit der Erklärung,
 daß der Vertagungsantrag nicht unterstützt, das Haus sich
 nämlich zur Fortsetzung der Debatte und zur Abstimmung
 entschlossen habe. Der auf der Tagesordnung befindliche
 Gegenstand sei durch vier Stunden auf das Eingehendste er-
 örtert worden und während dieser Zeit habe sich jedes Mit-
 glied des Hauses für sein Votum hinreichend vorbereitet
 können. Es wurde somit die Debatte über §. 4 der Re-
 gierungsvorlage eröffnet. Dieselbe lautet übereinstimmend
 mit dem Ausschussentwurf: „die verschiedenen Benennungen
 der einzelnen Landestheile begründen und gewähren keine
 politischen Rechte für die einzelnen Nationalitäten.“ (Im
 Ausschussentwurf heißt es „Nationen.“)
 Hier beantragt Balomiri folgende modificirende
 Fassung:

„Die bürgerlichen und politischen Nationalrechte,
 welche aus der Benennung der verschiedenen Landestheile
 für einzelne Nationen Siebenbürgens noch bestehen, wer-
 den für ungiltig erklärt.“

Michael Binder spricht sich hingegen für die Strei-
 chung des ganzen Paragrafen aus, nachdem derselbe in das
 Gesetz nicht hineinpaße, und in diesem Antrage von
 den meisten sächsischen Deputirten unterstützt. Er warnt
 vor den Konsequenzen des Balomiri'schen Antrages, welcher
 eine Fragestellung habe, die man im Augenblicke noch nicht zu
 erörtern vermöge. Man solle überhaupt die Territorial-
 frage als eine offene behandeln, da dieselbe erst durch die
 3. von. Proposition geordnet werden soll. Wittstock hält
 die Regierungsvorlage in diesem Punkte für unklar und
 unklar und den ganzen Paragrafen für unzulässig. Die
 siebenbürgischen Gesetze enthalten keinerlei Bestimmung, dem-
 nach die Benennung der Landestheile deren Bewohnern ir-
 gend welche politischen Rechte verliehen haben.

Schaguna hält den §. für sinnvoll und klar und be-
 merkt, daß die Benennung der Landestheile allerdings eine
 Bedeutung gehabt habe, und gerade sei dies zum Theil bei dem
 Stande der Sachen der Fall gewesen. Mit dem Auf-
 treten der Geburts- und Standesrechte sollen auch die poli-
 tischen Vorrechte der einzelnen Landestheile schwinden. Er
 ist demnach für die Aufrechterhaltung des §., nur soll für
 die verschiedenen Benennungen die anodh „bestehenden Na-
 tionalbenennungen“ und für „politische Rechte“ „politische Vor-
 rechte“ gesetzt werden. Der Antrag Schaguna's wird von
 Waga, Baris, Branda, Klemen und noch meh-
 reren unterstützt. Balomiri sagt, es solle „politisch-
 nationale Vorrechte“ heißen. Ebenso stellen auch Schnell
 und Bohacz auf Änderungen einzelner Worte zie-
 lende Amendements. Popp ist der Meinung, daß die Be-
 nennungen allerdings keine Vorrechte einräumen, die Regie-
 rungsvorlage wolle aber damit sagen, daß in Wirklichkeit nicht
 aus die Ungarn, Szekler und Sachsen politische Rechte
 besitzen, sondern alle durch das Gesetz als gleichberechtigt
 erklärte Nationalitäten.

Als der Präsident die gestellten Anträge recapitulirt
 und die Reihenfolge der Fragen zur Abstimmung festgesetzt
 hatte, was mehr zu zahlreichen declamatorischen Verantwärtung
 der, begann die Sitzung, die bis dahin einen sehr matten
 Verlauf hatte, recht uninteressant zu werden, denn wenig hatte
 gesagt, so waren alle Amendements nebst dem Ausschuss-
 Antrag und der Regierungsvorlage abgelehnt worden. Es
 wurde nämlich zuerst der Antrag Binders zur Abstimmung
 gebracht, derselbe blieb aber, sowohl alle Sachen für den-
 selben stimmten, in Minorität. Ebenso erging es den von
 Schaguna, Bohacz, Balomiri und Schnell gestellten An-
 trägen und auch der Ausschussantrag wurde abgelehnt. Für
 die Regierungsvorlage ergab sich endlich eine sehr zweifel-
 hafte Majorität und wurde sodann vom Präsidenten der
 Beschluß in diesem Sinne ausgesprochen. — Dann wurde
 auch noch §. 5, (die Aufnahme eines eigenen Sinnbildes für
 die romanische Nation in das Wappen Siebenbürgens) ohne
 Debatte angenommen.

In der heutigen Sitzung wurden die §§. 6 und
 7 erledigt. Zu §. 6, welcher alle den Bestimmungen dieses
 Gesetzes widersprechenden Landesgesetze als aufgehoben erklärt,
 stellte zuerst Balomiri das Amendement, daß zugleich
 die der Gleichberechtigung der Romanen entgegenstehenden
 sächsischen Municipal-Statute und Regulativpunkte, von
 welchen er einen zur allgemeinen Feierlichkeit des Hauses ver-

lieft, aufgehoben werden sollen. Dem widersetzt sich Schu-
 ler-Libloy und Conrad Schmidt, nachdem diese Munici-
 palstatute theils schon erloschen, in den aufrechtstehenden
 Punkten aber mit der Gleichberechtigung der Romanen nichts
 zu thun haben. Zuluin, Erzbischof, spricht für den
 Ausschussantrag, welcher nebst den Landesgesetzen auch die
 Rescripte, Verordnungen und Verwaltungsmaßnahmen auf-
 heben will, und beantragt, man möge auch noch die in die-
 ser Richtung bestehenden Privilegien und Patente in den
 Paragrafen einfügen. Man Gabor, unterstützt diesen An-
 trag, nachdem es factisch noch Patente, Rescripte und Pri-
 vilegien gebe, welche dem jetzt gebrauchten Gesetze entgegen-
 stehen. Hanna sieht nicht ein, warum, wenn die Gleich-
 berechtigung der romanischen Nation vollständig anerkannt
 wird, nicht alle diese Gesetze widerstreitenden Acte für
 aufgehoben und ungiltig erklärt werden sollen. Salmen
 meint, es werde dem Paragrafen zu viel Bedeutung beigelegt.
 Es befremde ihn, daß die Regierung diese Clause überhaupt
 angebracht und der Landtag schreie, wenn er dieselbe an-
 nehme, wenig Zutrauen zur Ausführung der von ihm ge-
 brachten Gesetze zu haben. Er beantrage daher dessen
 Streichung, im Gegenfalle erkläre er sich für die Regie-
 rungsvorlage. Binder empfiehlt eine andere Formulirung
 des bezüglichen Paragrafen. Man möge sagen: Alle diesem
 Gesetzkritik widerstreitenden Bestimmungen der Landesge-
 setze sind aufgehoben. Zimmermann erklärt sich gegen
 jede Specialisirung, weil durch solche eben Zweifel ent-
 stehen, die nur auf Grund der bestehenden Landesgesetze ge-
 löst werden können, die Regierung erkenne in ihrer Zerwürf-
 an, daß sie nur den Landesgesetzen Geltung zuerkenne.
 Ueberhaupt wurde von sächsischen Rednern im Laufe der
 Debatte geltend gemacht, daß sie, indem sie sich für die
 Regierungsvorlage erklären, mehr auf constitutionellem Bo-
 den stehen, wie die Romanen, welche auch die schon nach
 den Landesgesetzen ungiltigen Patente und Verordnungen
 aufgehoben sehen wollen. Die Romanen ihrerseits erachteten
 die Aufhebung aller dieser ihrer Gleichstellung nachtheiligen
 Bestimmungen vorsichtsweise für nöthig und wurde
 dieß auch von mehreren ihrer Redner hervorgehoben.

Sub. Vicepräsident Popp erklärt sich nicht aus Furcht
 vor dem in der Presse gegen ihn gerichteten Angriff, daß er
 als Regierungsmann die Vorlagen der Regierung nicht un-
 terstütze, sondern aus reiner Ueberzeugung für die Terirung
 der Regierung. Uebrigens sehe er auch in dem vom Erz-
 bischof Zuluin gestellten Amendement keine Opposition ge-
 gen die Regierungsvorlagen. Eine solche habe sich nur in
 der gestrigen Sitzung geäußert, als von einer Seite (den
 Sachsen) die Streichung eines §. der Regierungsvorlage
 verlangt wurde. Modificationen an dem Entwurfe der Re-
 gierung begründen noch keine Opposition.

Trausenfels, Berichterstatter, spricht für den
 Entwurf des Ausschusses unter Hinweisung auf den Um-
 stand, daß auch auf den früheren Landtagen die Stände sich
 stets gegen Edicte und Patente zu verhalten hatten. Er
 weiß auf den erst jüngst in Graz vorgekommenen Fall
 hin, wo ungeachtet der Freizügigkeit einem Israeliten das
 Anwartsrecht freier gemacht wurde. Tirol dulde trotz
 der Religionsfreiheit heute noch keinen Protestanten. Es
 sei daher nöthig, dem Gesetze in jeder Richtung alle Ga-
 rantien zu verleihen.

Bei der Abstimmung wird der Ausschussantrag mit dem
 Zusatz des Erzbischofs Zuluin mittelst geringer Majorität
 angenommen, nachdem die Sachsen alle dagegen stimmten.
 §. 7 wurde ohne Debatte gutgeheißen.

Der Präsident erklärte nun die Specialdebatte über
 den ersten Gesetzesentwurf als geschlossen, forderte jedoch zu-
 gleich das Haus auf, nach einer viertelständigen Unterbre-
 chung der Sitzung zur dritten Lesung des Gesetzkritik
 zu schreiben. Das Haus erklärt seine Zustimmung. Es
 folgt dann nach einer Pause von 15 Minuten die dritte Le-
 sung, doch tauchen von verschiedenen Seiten so viele Ein-
 wendungen gegen einzelne Ausdrücke in der Textirung und
 gegen die Wichtigkeit der Uebersetzungen auf, daß über den
 Gesetzkritik nicht abgestimmt werden kann. Der Präsident
 schlägt demnach vor, eine aus 3 Personen bestehende Com-
 mission zu wählen, welche sich über die Gleichheit der Text-
 irung in den drei Sprachen einigen soll, worauf die dritte
 Lesung am Montag oder Mittwoch erfolgen werde. Mit
 der Verfassung der an Se. Majestät zu richtenden Reprä-
 sentation, womit der Gesetzkritik zur allerh. Sanction un-
 terbreitet werden soll, sowie mit der Abfassung des Einbe-
 gleitendens an den bevollmächtigten k. Landtags-Commissär
 wurde das Bureau betraut.

Der zum Regalisten ernannte Tit.-Bischof v. Fogar-
 asch ist bereits hier eingetroffen.

7. September. Das erste vom siebenbürgischen Land-
 tage gebrachte Gesetz, betreffend die Durchführung der Gleich-
 berechtigung der romanischen Nation und ihrer Confectionen
 ist heute in dritter Lesung angenommen worden und wird
 nun der allerhöchsten Sanction Sr. k. k. Apost. Majestät
 unterbreitet werden. Das Gesetz fand heute, nachdem die
 Textirung und die Uebersetzung der Uebersetzungen von
 einem zu diesem Behufe gewählten Dreier-Comité verein-
 bart worden sind, keine Anstöße mehr, und wurden nur vom
 Bischof Dobra und dem Deputirten Gaetanu einige
 unwesentliche Bemerkungen gemacht, die jedoch ohne längere
 Debatte beglichen wurden. Zugleich wurde auch die als
 Einbegleitung zu dem Gesetze vom Bureau des Hauses ver-
 fasste Repräsentation an Se. Majestät und das Be-
 gleitendens an den k. Landtags-Commissär verlesen und
 genehmigt. Der Gesetzkritik wird von dem Ausschusse, wel-

cher ihn berathen, dem k. Landtags-Commissär zur weiteren
 Vorlage überreicht werden.

Im Verlaufe der heutigen Sitzung haben die jüngst
 von Sr. Majestät als Regalisten in den Landtag berufenen
 Herren v. Fogarasch, Domherr und Tit.-Bischof von
 Scutari, und der kath. Dechant Cranosch Peremias das
 Gelöbniß geleistet, welcher Act von der Versammlung mit
 lebhaften Elsen begrüßt wurde. Zugleich hat auch der an
 die Stelle des ausgetretenen Bischof Deputirten daselbst
 gewählte M. Klein das Gelöbniß abgelegt.

Vor dem Schluß der Sitzung referirte der Legitima-
 tions-Ausschuß durch seinen Berichterstatter, Erzpriester
 Hanna, über die Wahlacte mehrerer neuereingetretenen Depu-
 tirten. Dieselben, und zwar die Herren Constantin Pancazu,
 Hofrath Demeter Moldovan, Franz Freiherr v. Reich-
 enstein, Vicekanzler, und Georg Romanu, Weisiger
 der k. Gerichtstafel in M. Bazarhely wurden anstandslos
 als verificirt erklärt. Bezüglich Krentz's, welcher bekann-
 lich im 1. Wahlbezirke des Unteraltener Comitats zum
 zweiten Male gewählt wurde, erklärte der Präsident auf
 die Anfrage des Erzbischofs Zuluin, daß demselben von
 der Central-Commission das Wahlcertificat neuerlich verweigert
 worden sei, nachdem er als in strafgerichtlicher Unter-
 suchung befindlich, aus der Liste der Wähler gestrichen wor-
 den ist. Die Sache liege übrigens jetzt beim k. Gubernium
 zur Entscheidung vor und er werde das Endergebnis seiner-
 zeit dem Hause mittheilen.

Die nächste Sitzung, welche der Präsident mittelst An-
 schlag bekannt geben wird, dürfte erst kommenden Montag
 am 14. d. stattfinden. Der Ausschuss für die zweite k.
 Proposition hat zwar die Beratungen schon beendet und
 seinen Bericht bereits überreicht, doch nimmt die Drucklegung
 einige Tage in Anspruch und erst drei Tage nach der Ver-
 theilung des Commissionsberichtes kann nach der Geschäfts-
 Ordnung zur Verathung im Plenum des Hauses geschritten
 werden. Nach den Anstrengungen der vorigen Woche werden
 wir demnach einige Tage Ferien haben.

Die oberrwähnte Repräsentation an Se. Ma-
 jestät lautet:

Eure k. k. Apostolische Majestät!
 Allergnädigster Herr!

Von den in dem Allergnädigsten k. Rescripte vom 15.
 Juni a. c. 3. 3117 angeführten Gesetzesvorschlägen, ist der
 erste, betreffend die Durchführung der Gleichberechtigung der
 romanischen Nation und ihrer Confectionen durch Euer Ma-
 jestät bevollmächtigten k. Landtagscommissär dem Landtage
 mitgetheilt worden und wir haben auf Grund dessen den
 allerunterthänigst hier beigelegten Gesetzkritik festgesetzt.
 Wir bitten in tiefster, homagialer Ehrfurcht, Euer Majestät
 geruhe denselben allergnädigst zu befähigen und damit so-
 wohl diesen allergetreuesten Vertretungskörper, als auch be-
 sonders die romanische Nation in Siebenbürgen huldvollst
 zu erfreuen.

Die wir mit unerschütterlicher Treue, Vertrauen, An-
 hänglichkeit und der tiefsten Ehrerbietung verharren

Euer k. k. Apostolischen Majestät
 Hermannstadt, am 7. September 1863.

allerunterthänigste Diener und aller-
 getreueste Unterthanen
 Die am Landtage versammelten Vertreter des
 Großfürstenthums Siebenbürgen.

—S— **Wien, 8. Sept. (Original-Corr.)** Als wir
 seinerzeit die erste Nachricht von dem bevorstehenden deut-
 schen Fürstentage meldeten, sprachen wir unvorbereitet die An-
 sicht aus, daß die Resultate sicherlich nicht ohne günstige
 Folgen für die ungarische Frage resp. deren befriedigende
 Lösung bleiben würden. Wir halten diese Ansicht auch heut
 noch aufrecht, und sind sogar noch bestärkt darin durch
 Mittheilungen, die uns erst seit der Rückkehr des Kaisers
 nach Wien zugekommen sind. — Ihre Feier werden sich er-
 innern, daß wir dem Beich Sr. k. Hoheit des Herrn Erz-
 herzog Stefan bei Sr. Majestät dem Kaiser in Frankfurt
 einzige Wichtigkeit beilegte. Noch weniger ist aber der Um-
 stand zu unterschätzen, daß Se. k. Hoheit ein zweites Mal auf
 a u s d r ü c k l i c h e Einladung des Monarchen bei Regie-
 rung erschien. Heut nun hören wir, daß damals der Kaiser
 seinem Vetter in großen Umrißen gewisse auf Ungarn Be-
 zug habende Pläne mitgetheilt und ihn um seinen Rath er-
 sucht haben soll. Hierbei sei auch das Gespräch auf die ge-
 genwärtig herrschende Noth in Ungarn gekommen, und der
 Herr Erzherzog habe gerade diesen Umstand als denjenigen
 erwähnt, welcher dem Kaiser die beste Gelegenheit zu neuen
 Anknüpfungen böte, doch müßten diese direct und durch seine
 eigene Person erfolgen. Als Beweismittel für seine Be-
 hauptung habe der Herr Erzherzog gerade das persönliche
 Auftreten des Kaisers in der deutschen Frage hervorgehoben,
 und die günstige Wirkung, welche jene Initiative überall
 hervorgebracht. — Unser Gewährsmann versichert uns fer-
 ner, daß auch die Palatinal-Frage nicht unberührt geblieben,
 Erzherzog Stefan habe indeß ganz positive Bedingungen im
 Interesse Ungarns aufgestellt, welche aber erfüllen zu könn-
 en erst so manche Vorfragen erledigt werden müssen. —
 Wir glauben daher noch immer einige Hoffnung haben zu
 dürfen, unsere damals ausgesprochenen Ansichten verwirklicht
 zu sehen. Als unlängst ein Telegramm der „Independance
 belge“ meldete, der Kaiser werde persönlich nach Ungarn
 gehen, haben wir daselbst ohne Bemerkung einfach registirt,
 weil wir uns vornahmen, erst eigene Erkundigungen über
 die Wahrscheinlichkeit dieses Gerüchtes einzuziehen. Auch bis

heut ist uns dies zwar noch nicht gelungen, indes zusammengefasst mit Alle dem, was wir am Eingang dieses Briefes gesagt, so wie mit dem Umstande, dass der Hofkanzler Graf Forgách nach Kräften bemüht ist, im Interesse der Verringerung des Nothstandes zu wirken, glauben wir, dass es wohl sehr möglich ist, Graf Forgách habe, im Vertrauen auf die hohe Günst, in der er bei seinem kaiserlichen Herrscher, Allerhöchstdemselben darauf bezügliche Vorschläge gemacht. Wir wiederholen nochmals, dass uns nichts Bestimmtes bekannt geworden, dass wir die Sache selbst aber keineswegs für ganz unwahrscheinlich halten.

Wir schreiben in unserem letzten Briefe, dass an Reform-Vorschlägen für das ungarische Justizwesen gearbeitet würde. Bezüglich dessen können wir nun hinzufügen, dass seitens des Staatsrathes bei der ungarischen Hofkanzlei einige Anträge gestellt worden, und dieserhalb mit jenen legislativen Körper Verhandlungen im Zuge sind.

Auch bezüglich des Credit-Verhältnisses in Ungarn können wir unseren Landsleuten die erfreuliche Hoffnung geben, dass sich dieselben baldigt bessern dürften, indem wir vernennen, es seien in neuester Zeit mehrere fremde Banken nicht abgeneigt, ihre Credite auch nach Ungarn auszudehnen. So schmeichelhaft dies einerseits sein mag, so ist doch andererseits um so mehr die strenge Zurückhaltung der k. k. priv. österr. Nationalbank resp. die von derselben bei Darlehen nach Ungarn fast absichtlich erhobenen Schwierigkeiten zu bedauern.

Die für gestern (Sonntag) angesetzten Audienzen wurden auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers wenige Stunden vorher vertagt und für nächsten Donnerstag bestimmt. Es ist sonach nicht unsere Schuld, hierauf bezüglich eine falsche Nachricht gebracht zu haben.

Journal-Revue.

In seiner jüngsten Nummer widmet der „Wanderer“ unserem Vaterlande einen längeren Artikel, welcher Wünsche und Hoffnungen anregt, welche wir wohl gerne theilen möchten, wenn bei uns die Befürchtung nicht vorherrschen würde, dass sie wie so viele Vorhergegangene, eben doch nur fromme Wünsche bleiben werden. — Den erwähnten Artikel betreffend, constatirt derselbe vorerst, dass die „ungarische Frage“ durch die Ereignisse plötzlich in den Vordergrund gerückt worden sei, und dass die Mehrzahl der ungarischen Blätter — „B. N.“ an der Spitze — das bisher beobachtete Schweigen über innere Angelegenheiten gebrochen und eingehende Erörterungen des Zusammenhanges zwischen der deutschen und ungarischen Frage geliefert haben, denen gegenüber die Wiener Journale, welche fortwährend auf der Lösung der ungarischen Frage bestanden, merkwürdiger Weise sich nun in tiefes Schweigen hüllen. — Nachdem der Artikel der Auffassung der ungarischen Publicistik seinen Beifall spendet und ihre Auseinandersetzung als logisch richtig bezeichnet, spricht er zugleich die Befürchtung aus, dass es möglich sei, dass gerade das Gegentheil von dem geschehe, was logisch sei. In seiner weiteren Auseinandersetzung äußert sich dann der Verfasser jenes Artikels, wie folgt: „Wir wiederholen, dass wir keine Ahnung davon haben, welche Auffassung in den entscheidenden Kreisen bezüglich der hier behandelten Frage vorherrsche; nur auf das Eine erlauben wir uns aufmerksam zu machen, dass ein für die Auseinandersetzung mit Ungarn so günstiger Zeitpunkt, wie der gegenwärtige, nicht so bald wiederkommen dürfte, und dass es an der Regierung wäre, sich des alten Spruches zu erinnern: es sei kein Uebel so schlimm, dass sich ihm nicht auch eine gute Seite abgewinnen ließe.“

Die Uebersicht in einem großen Theile von Ungarn übersteigt alle Beschreibung; die Ansicht, dass hier nicht der Einzelne, sondern nur die Regierung unter Mitwirkung der Nation helfen könne, ist eine allgemein anerkannte. Wenn heute Sr. Majestät einen ungarischen Landtag ad hoc, d. h. zur Verabreichung der Mittel Behufs Verringerung der Noth einberuft, würde kein Ungar diesem Rufe zu folgen verweigern.

Fenilleton.

Die Hosen des Königs Pharao.

(Eine Pariser Gerichtsscene.)

Collard ist ein Antiquitätenhändler in irgend einer entlegenen Straße von Paris. Man muß wissen, was das Geschäft bedeutet, um die Mission Collard's zu begreifen. Ein Antiquitätenhändler verkauft Alles, was antik ist, ein Haar aus dem Hare des Eid, einen Schlafrock Ludwig des Heiligen, ein Paar Strümpfe des großen Napoleon, und eine Mantrommel Robespierre's, ja sogar ein Paar Hosen des Königs Pharao! — Alle diese und noch andere Dinge sind im Laden des Herrn Collard zu haben. Herr Collard ist selbst eine Figur, die in einem Paritätenkabinet ihren würdigen Platz verdient, er sieht aus, wie die leibhaftige Mumie eines ägyptischen Greises, es scheint, als ob das Gesicht, das er berührt, auf ihn sichtbar eingewirkt hätte. Die Kunden des Herrn Collard sind zumeist spleenbehaftete Engländer, denen er seine Waaren zu hohen Preisen verkauft. Die Hosen des Königs Pharao, die Mr. Hill, ein Sohn Albions, im guten Glauben von Herrn Collard ein 25 Pfund und 6 Schillinge erstanden hat, und welche auf dem Gerichtstische liegen, sind aus einem groben Wollstoffe fabricirt, dessen Farbe die Chemiker nur schwer zu analysiren vermöchten. Die Farben des Regenbogens, vermischt in einem Topfe, geben diese Farbe nicht wieder, das Ding ist weder schwarz noch grau, nicht roth, nicht grün. Herr Collard meint, der Zahn der Zeit habe diese Farbe erzeugt, die unser Jahrhundert nicht wieder zu schaffen vermag. Mr. Hill weiß auch, dass diese Hosen ursprünglich indigoblan gefärbt gewesen sind und in Folge der Wäsche sei dieses wunderbare Colorit entstanden. Er habe die Hosen von Herrn Collard gekauft in gutem Glauben, dass König Pharao in Ägypten sie getragen habe; ein deutscher Archäolog, Herr D. F. H. Müller aus Göttingen, habe ihm jedoch den Beweis geliefert, dass die fraglichen

Hosen unmöglich von dem Pharaonen herrühren können, denn erstens beweist Herr D. F. H. Müller, eine Autorität in diesen Dingen, dass König Pharao keine Hosen getragen habe, dies beweist der deutsche Professor aus Tacitus, welcher den Galliern nachsagt, dass sie Hosen tragen, was Tacitus sehr lächerlich findet; da Pharao kein Gallier gewesen, so könne er auch keine Hosen getragen haben, folglich seien die Hosen keine Pharaonischen. Zweitens beweist der gelehrte Archäolog, dass die beanspruchten Unausprechlichen Baumwollfasern enthalten, vor 2000 Jahren war aber die Baumwolle noch nicht bekannt, ergo könne König Pharao jene Hosen nicht getragen haben, folglich seien sie keine 3 Sous werth. Drittens ist das Indigoblan eine neue Erfindung, folglich seien die alten Hosen eigentlich neue Hosen und Herr Collard ein Betrüger, der den Preis von 25 Pfund und 6 Schilling zurückverlangen müsse.

Herr Collard ist anderer Meinung; ob König Pharao jene Hosen wirklich getragen habe, wisse er nicht, denn er sei noch keine 2000 Jahre alt, aber er beruft sich auf eine in Hieroglyphen abgefasste Urkunde, welche die Echtheit jener Hosen bezeugen solle. Wer könne beweisen, dass Pharao keine Hosen getragen habe? König Pharao sei König gewesen, ein mächtiger König dazu; einem mächtigen Könige sei Alles möglich, folglich sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass — Die Baumwollfasern beweisen nichts. In Ägypten habe die Kultur Wurzel geschlagen, da Paris noch eine Fischerhütte gewesen, und man könne nicht mit Gewissheit sagen, dass die Ägypter die Baumwolle nicht gefärbt haben. Das Pharao's Hosen indigoblan gefärbt seien, sei nicht wahr, und wenn dem so wäre, wer vermag zu beweisen, dass die Ägypter nicht auch das Indigo bereits gekannt haben? Die Unausprechlichen seien unter Brüdern das Geld werth, natürlich als pretium affectionis.

Der Vertheidiger des Mr. Hill läßt das nicht gelten. Die Wissenschaft, meint er, sei kein Blendwerk. Die Hosen sind mit Seidenfäden und Zwirn genäht. Zur Zeit Pharao's kannte man die Seide nicht, die Seide stamme aus China, und der Zwirn sei zu jener Zeit noch nicht erfunden gewesen. König Pharao war überdies sehr beliebt, das gehe aus der Bibel hervor, und diese Hosen passen nur einem

Manern. Er habe Herrn Collard sehr im Verdacht, dass er seine eigenen abgenutzten Unausprechlichen für Pharaonische Garderobe verkaufe. Herr Collard ist hierüber sehr entrüstet, und zwar aus sehr vielen Gründen. Man wolle sein Geschäft in Miscredit bringen. Das Ganze sei ein rein wissenschaftlicher Streit, der gar nicht vor das Forum des Gerichtes gehöre; erst mögen die historischen Vorfragen wissenschaftlich gelöst werden, ehe man ihm zumuthe, das Geld dem Mr. Hill zurückzuerstatten. Der Gerichtshof ist nicht der Ansicht des Herrn Collard. Der Gerichtshof hat Sachverständige zu Rathe gezogen. Ob es König Pharao beliebt hat, Hosen zu tragen oder nicht, diese Frage ist dem Gerichte gleichgültig, in gleicher Weise bleibt unerörtert, ob zu jener Zeit die Baumwolle bereits entdeckt gewesen sei oder nicht; der Gerichtshof findet jedoch, dass die Soldaten des ersten Kaiserreiches in den rühmlichen Schlachten, die sie gekämpft, analoge Hosen, wie jene, welche Collard für Pharaonische verkauft hat, getragen haben, und es somit wahrscheinlicher sei, dass Herr Collard's Waare aus der Zeit des ersten Kaiserreiches stamme, als aus der Pharaonischen. Selbst dies bei Seite gesetzt, hätte Mr. Hill sich analoge Unausprechliche um einen halben Frank bei jedem Tredler verschaffen können, es liege also eine laesio ultra demidiam, eine Verletzung über die Hälfte des Kaufwerthes vor, folglich müsse Collard den vollständigen Kaufpreis und die Gerichtskosten bezahlen.

Herr Collard ist über diesen Ausspruch des Gerichtes verzweifelt, was ihn so tief erschüttert, ist der Umstand, dass sein vielbewährter Ruf, sein antiquarisches Ansehen erschüttert wurde. Sein Lager ist über hunderten alten Fremdwerthe, der Ausspruch des Gerichtes denvalire alle diese Werthe. Wer wird den Muth haben, die Fanois des Papstes Sixtus V., die Tabakdose des heiligen Virgilinus, die Schurbarthaare Cartouche's zu kaufen, wenn dieser Spruch des Gerichtes bekannt wird? so ruft erschüttert Herr Collard und entfernt sich aus dem Gerichtssaal mit — antikem Stolge.

völlig entwundet. Das Bewusstsein, dass sie augenblicklich die Majorität auf dem Landtage bilden, veranlaßt die Rumänen mitunter zu einer Ueberhebung, die sich in früheren Jahrzehnten kaum die einer jahrhundertlangen Herrschaft gewohnte souveräne Nation der Ungarn zu Schulden kommen ließ, und zu einer landesmannschaftlichen und confessionellen Eugherrigkeit, welche man allenfalls bei einem alten privilegierten Stande, nicht aber bei einem eben jetzt erst zur Geltung kommenden Stamme erklären und entschuldigen könnte. Nur mit großer Anstrengung und nach hartnäckigen Discussionen gelingt es den Sachien, den allerhöchsten Anforderungen der Billigkeit und des Rechtes Geltung zu verschaffen.

Die kritische Abhandlung schließt die „Presse“ in folgender, etwas wehmüthig klingender Weise ab:

„Das praktische Ergebnis dieser Debatte (über die Gesetzartikel, welche die Gleichstellung der Rumänen mit den übrigen Nationen Siebenbürgens auspricht), die durch ein sehr unerquickliches parlamentarisches Intermezzo, obzweilend plebs Valachorum offiziell Rumänen oder Rumänen zu nennen sei, momentan unterbrochen wurde, ist eine auffallende Vermittlung zwischen Sachien und Rumänen. Diese könnte bei der nunmehr an die Reihe gelangenden Behandlung der so heiklen Territorialfrage wohl scheinlich in einen noch schrofferen Gegensatz sich ausbilden, und vielleicht die Regierung nöthigen, durch die Nichtanerkennung walachischer Majoritäts-Beschlüsse das donauländliche Element im Großfürstenthume vor Vernachlässigung zu schützen. Das unter diesen Aspirationen sich die Sachien auf eine entsprechende Behandlung der Frage über die Reichsrathsbeschlüsse eben nicht erheben, liegt auf der flachen Hand, und ist wohl nicht lediglich Hypothese, wenn jetzt schon in siebenbürgischen Berichten die Eventualität einer Vertagung des Landtages vor Erledigung aller Regierungsvorklagen und die Möglichkeit direkter Reichsrathswahlen im Auge gefaßt wird.“

Schließlich wollen wir noch von einem Artikel des „Boten“ Act nehmen, welcher mehr durch die Art seines Ausdrucks, wie durch seinen Inhalt Beachtung verdient, da dieselbe am besten die gereizte Stimmung charakterisirt, welche jetzt zwischen dem Wiener und Berliner Cabinet vorherrscht. Der erwähnte Artikel führt die Ueberschrift: „Die Mitschuldigen“ und beginnt in folgender, gelinde gesagt, seltener Weise:

„Der Segen der Vernunft und Freiheit ist in Preußen glücklich des Landes verwiesen, verrätherische Pöbelhorden sind mit Frankreich zweifelhafte, mit der römischen Kirche zuverlässig zu Stande gebracht; Preußens innere so lau und vornehm betonte deutsche Mission ist zum Erstaunen der Welt und zum jämlich verhehlten Todeschreder der lachenden Erben dahin und somit ist die Hand von Abergroßheit, Frechheit, Verrath im Innern und nach Außen vollendet. „Ich bin allein auf meinem Thron“, laut Philipp II. schauernd in der Fülle seines Glanzes; „Ich stehe allein“, jagt Friedrich Wilhelm, schauernd in der allgemeinen Dunkelheit, die Bismarck um ihn her verbreitet. Was ist zu thun? Freund Rußland kann nicht helfen; Schelm Frankreich überlegt sich zweimal zu helfen; Hansfreund Italien kann sich selbst nicht helfen, wie soll es also helfen; von Freund Dänemark, das so tugendhaften Sinnes nicht Preußen in Frankfurt auch nicht erschienen, darf man sich um Schleswig-Holsteins willen doch nicht helfen lassen; die deutschen Brüder in Weimar und Baden können nicht helfen, auch wenn sie noch mehr wollten als sie wollen; — aber helfe, was kann! Ein Freund muß herbei! Besessenspann muß uns dieser fürchterlichen Verlassenheit entreißen! Ein Königreich für einen Freund, Kamer — Mitschuldigen! Und in der That, das ganze Königreich wird auf das Spiel gesetzt, um einen Mitschuldigen zu bekommen — ganz Preußen soll zum rettenden Mitschuldigen der Bismarck'schen Staatsünden gemacht werden. Dem und keinen andern Sinn können wir der Auflösung des

Fortsetzung in der Beilage.

preussischen rung des auch nur das nützlich des der de helle! Hat deutschen „Luge“ gan aufzulösen Preußen le geloste, auf auf den Me es dann no die Heine gütigen mi als man de gegenüber Schmerling

Die auffällige Anekdote des Herrn Hill und der nächsten ren. Das ans St. Constantine seinem Vater ner Reife men wird, seine Aufs im Laufe wessen.

Das Milan, u gen Deterlichen Par derholt un der dieses bemerkt an Kreisen, n schänden, den Parise und Unzu erwart; weiter geh land war reich sich f schen Stad reich mit Die mid über die hat sich verließen i oder Herr reichs noch Gedanken können. G sichert w schreiben s eine der seligkeit ist

Der ist, wie schwedische wird er Es schloffen, zunehmen.

Ueber venhagene vom 31. schwedisch handlung; gliehen W Kopenhagen Alanzver die Einzel werden, e ihre und das es in Siden dr eines deu schwedisch als active leistung b Schweden einen Bri spondent Wahriche Soldaten schwedisch Dammene den gewi jedem De

Die jagt wird der altar kienische Präsident näherrung Ferne ge das eine lich sei. Die Kundfahr der Union Darlegun zu mache Actenstuc

in, daß sie augenblicklich
händen, veranlaßt die Ro-
bung, die sich in früheren
hundertlangen Herrschaft
Ungarn zu Schulden
mannschaftlichen und con-
man allenfalls bei einem
aber bei einem eben jetzt
eine erklären und entschul-
ntrengung und nach harr-
ntrengung, den allein-
eit und des Reiches Ge-
läßt die „Presse“ in fol-
er Weise ab:
dieser Debatte (über den
stellung der Rumänen mit
ausdrückt), die durch
nächstes Intermezzo, ob die
riell Rumänen oder Mo-
unterbrochen wurde, ist
hen Sachen und Roma-
die auf die Reihe gelangen.
Territorial-Frage wahr-
Bogenlag sich ausbilden,
gen, durch die Nichtan-
Beschlüsse das deutsche
der Benachtheiligung zu
sich die Aussichten auf
Frage über die Reichs-
era, liegt auf der flachen
Hypothese, wenn jetzt
die Eventualität einer
ledigung aller Regierungs-
Reichsrathswahlen ins
och von einem Artikel des
er mehr durch die Art sei-
t Inhalt Beachtung ver-
nerer Stimmung charak-
Wiener und Berliner Ca-
Artikel führt die Ueber-
beginnt in folgender, ge-
und Freiheit ist in Preußen
verrätherische Bündnisse
schloß, mit der russischen
beachtet. Preußens immer
Mission ist zum Er-
bertheilten Todesurtheil
s kommt ist die Kunde von
in Amern und nach Außen
er meinem Thron“, jagte
alle seines Glanzes; „Wir
sühelm, schauernd in der
moat am ihn her verbreitet;
land kann nicht helfen;
zweimal zu helfen; Hans-
nicht helfen, wie soll es also
das so tugendhaften Sinnes
nicht erlösen, darf man
den doch nicht helfen lassen;
er und Baden können nicht
ehr wollen als sie wollen;
Land muß herbei! Nie-
rlichen Verlassenen! Nie-
er Freund, Helfer — Mi-
at, das ganze Königreich
einen Mithuldigen zu be-
am verenden Mithuldigen
gemacht werden. Diewe-
en wir der Auflösung des
Fortsetzung in der Beilage.

rennlichen Abgeordnetenhaus unterlegen, ja die Moti-
vations des Regierungsrates sagt dies ausdrücklich, wenn sie
auch nur den einen Theil der Hintergedanken ausdrückt:
daß nämlich Preußen ein Abgeordnetenhaus brauche, wel-
ches der deutschen Mission Preußens wieder auf die Beine
helfe! Handelte es sich bloß um den Einen Punkt der
deutschen Frage, so hätte „Kaiser Bismark mit dem Zwickel im
Auge“ ganz geruhig das bestehende Volkshaus gar nicht
aufzulösen gebraucht, denn in der deutschen Frage wird
Preußen kein preukischeres Volkshaus erhalten als das auf-
gelöste, auf die preukische Spitze hörte es wie eine Geliebte
auf den Namen Julius!“ — — — In dieser Weise geht
es dann noch eine Weile fort; wir glauben aber, daß schon
die kleine Blumenlese, welche wir in Vorstehendem gegeben,
genügen wird, die Situation zu kennzeichnen, um so mehr,
als man dem Vlatte, welche diese Ausdrucksweise Preußen
gegenüber beliebt, Beziehungen mit dem Ministerium —
Zamverling-Rechberg — zuschreibt. —

Politische Uebersicht.

Die officiöse „General-Correspondenz“ bringt folgende
ausfällige Mittheilung: Ein Telegramm meldete heute die
Aussage des Großfürsten Constantin über Warschau nach der
Krim. Diese Reiteroute führt demnach den Großfürsten über
Sofia nach derselben wird auch, wie wir vernehmen, an einem
der nächsten Tage unsere Stadt auf der Durchreise berühren.
Das obige Telegramm bestätigend, schreibt man uns
aus St. Petersburg, daß Se. kais. Hoheit der Großfürst
Constantin sich zu seiner Erholung auf einige Wochen nach
Sofia zurückgezogen und in der Krim gegeben und bei seiner
Reise durch die österreichischen Staaten nach Wien kom-
men wird, um Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich
seine Aufwartung zu machen. Se. kaiserliche Hoheit dürfte
im Laufe dieser Woche, etwa den 10. d. M., hier ein-
treffen. —

Das Gerücht von der russisch-preussisch-französischen
Allianz, zu der auch Italien zugezogen und deren Spitze ge-
gen Oesterreich gerichtet sein soll, wird nun auch von sämt-
lichen Pariser Berichterstattern der englischen Blätter wie-
derholt und commentirt. Der „Times“-Correspondent, wel-
cher dieses Gerücht mit nicht allzu großem Respekt bespricht,
bemerkte andererseits: Mehr Glauben wird selbst in jenen
Kreisen, welche nicht auf jedes Börsen- und Zeitungsgerücht
schwören, der Behauptung beigemessen, daß gerade jetzt in
den Pariser höheren Regionen ein Gefühl großer Gereiztheit
und Unzufriedenheit gegen Oesterreich herrsche. Man scheint
erwartet zu haben, daß Oesterreich in der polnischen Frage
weiter gehen werde, als es wirklich gethan hat. Auf Eng-
land war weniger gerechnet worden, desto mehr, daß Oester-
reich sich Frankreich anschließen werde. Wenn die französi-
schen Staatsmänner in der That geglaubt haben, daß Oester-
reich mit Frankreich in einem Kriege gegen Rußland durch
Dick und Dünn gehen werde, dann waren sie allerdings
über die Stimmung in Wien schlecht unterrichtet. Vielleicht
hat sich Fürst Metternich aus Parteilichkeit für Frankreich
verleihen lassen, allzu schmeicheilhafte Hoffnungen anzulegen,
oder Herr v. Grammont hat vielleicht die Politik Oester-
reichs noch nicht gründlich genug studirt, um die wahren
Gedanken und Absichten des Grafen Rechberg erfassen zu
können. Genug an dem, daß Oesterreich, wie allgemein ver-
schriert wird, gegenwärtig in Frankreich äußerst schlecht ange-
sehen ist, und daß der Frankfurter Fürstencongress mit
einer der Veranlassungen zu dieser Verstimmung und Feind-
seligkeit ist.

Der Allianztractat zwischen Schweden und Dänemark
ist, wie „Haedrelander“ meldet, noch nicht abgeschlossen; der
schwedische Gesandte ist Freitag nach Stockholm gereist und
wird erst in acht Tagen zurück erwartet.

Es heißt, die schleswighischen Deputirten hätten be-
schlossen, die Delegationen für den Reichsrath nicht vor-
zunehmen.

Ueber die schwedisch-dänische Allianz wird in einer Ko-
penhagener Correspondenz, der „Kollands-Falster Stiftstidende“
vom 31. August berichtet, daß die Hauptpunkte einer dänisch-
schwedisch-norwegischen Defensiv-Allianz nach längeren Ver-
handlungen während der Anwesenheit des schwedisch-norwe-
gischen Ministers des Auswärtigen, Grafen Manderström in
Kopenhagen definitiv festgestellt worden sind, ob aber der
Allianzvertrag bereits ausgefertigt, sei nicht bekannt. Ueber
die Einzelheiten des Vertrages könne noch nichts mitgetheilt
werden, es sei hinreichend zu wissen, daß das Bündnis exi-
stire und Dänemark dadurch eine solche Stütze erhalten habe,
daß es im Stande sei, mit vermehrten Kräften einem vom
Süden drohenden Feinde Widerstand zu leisten. Im Falle
eines deutsch-dänischen Krieges würde man demnach die
schwedischen Truppen nicht wieder als Zuschauer, sondern
als active Theilnehmer am Kampfe erblicken. Als Gegen-
leistung habe Dänemark sich natürlich verpflichten müssen,
Schweden-Norwegen zu unterstützen, falls diese Reiche in
einem Krieg mit Rußland verwickelt werden. Der Corre-
spondent der genannten Zeitung glaubt, es sei eben so viel
Wahrscheinlichkeit dafür, daß das nächste Frühjahr dänische
Soldaten in einem Lager an der Grenze Finnlands, als wie
schwedisch-norwegische Truppen in den Befestigungen an dem
Dänemerk sehen werde, und daß in den drei nordischen Rei-
chen gewiß kein Mensch daran zweifle, daß sie vereinigt auch
jedem Feind würden widerstehen können. —

Die neueste Encyclica des h. Vaters, in welcher ge-
sagt wird, daß gegen den Kirchenstaat in Italien ein wil-
diger atavistischer Krieg geführt worden ist, hat die ita-
lienische Regierung in Harntsch gebracht, und die von dem
Präsidenten des französischen Senats angeführte An-
sage von Rom an Turin ist dadurch noch mehr in die
Bredien gerückt. Die italienischen Organe behaupten sogar,
daß eine Ausöhnung der beiderseitigen Regierungen unzmög-
lich sei.

Die Regierung von Washington hat am 12. d. M. ein
Rundschreiben an alle ihre Consula in Europa über die Lage
der Union versendet. Sie werden aufgefordert, von dieser
Darlegung im Interesse der Union nach Kräften Gebrauch
zu machen und gegnerischen Ansichten entgegenzuwirken. Das
Rundschreiben ist sehr wünschlich.

Nachdem dasselbe verschiedene Details der Kriegsopera-
tionen berührt hat, gibt es sodann eine interessante Dar-
stellung der von der Union erringenen Erfolge:

Dieser Rückblick zeigt, wie groß die Fortschritte sind, die wir
im Westen gemacht haben. Es sind den Insurgenten 59,000 Quadrat-
meilen abgerungen, und seit dem Ausbruch des Aufstandes hat die
Regierung ihre Herrschaft über ein Terrain von 200,000 Quadratmei-
len, somit über eine Bodenfläche ausgedehnt, die den Gebieten Oester-
reichs oder Frankreichs gleichkommt. Jefferson Davis, der Führer der
Rebellion, hat seitdem ein Aufgebot aller Militärfähigen erlassen, und
rechnet dadurch auf einen Zuwachs von 70- bis 95,000 Mann Trup-
pen. Aber auch wir haben neuerdings 300,000 Mann zu den Waffen
gerufen und freudig folgt das Volk diesem Rufe. Unsere Anlehen
werden von unseren eigenen Staatsbürgern im Maßstabe von 1,200,000
Pf. St. täglich genommen und Gold steht zwischen 125 und 128, wäh-
rend es in den aufständischen Staaten auf 1200 Percentagio gestie-
gen ist. Sämtliche Insurrectionsbasen sind von den nationalen Trup-
pen entweder belagert oder klotiert oder besetzt. Die projectirte Con-
föderation ist durch den Mississippi in zwei Hälften getheilt, dessen Zu-
flüsse sich alleamt in unseren Händen befinden. Missouri, Ken-
tucky, Delaware und Maryland — sämtlich Schlarvenstaaten — un-
terstützen die Bundesregierung. Schon hat Missouri eine Convention
bezüglich allmählicher Abschaffung der Sklaverei erlassen. Vier Fünftel
von Tennessee, zwei Drittel von Virginia, die Küsten und Einbu-
chungen Nord-Carolina's, die Hälfte von Mississippi und Louisiana, ein
Theil von Alabama, die ganze Küste von Georgia und Süd-Carolina
nebst einem nicht unbeträchtlichen Theile der Küste von Florida, befin-
den sich im Besitze der Vereinigten Staaten.

Noch sind nicht ganz sechs Monate verfloßen, seit den Negern
gestattet wurde, Waffen zu tragen und schon stehen über 22,000 regel-
recht eingereit und bewaffnet im Felde, während 50 Regimenter von
je 1000 Mann dieser Classe in der Organisation begriffen sind und
62,800 Schwarze anderweitig im Felde Dienste leisten, daraus erhellet,
daß mit der längeren Dauer des Aufstandes die unglückliche Sklaven-
bevölkerung, die beim Beginn als ein Element seiner Stärke ange-
sehen worden war, jetzt zur Stütze für die Union dient.

Sie werden, so schließt das Rundschreiben, die hier dargestellten
Thatsachen nach Ihrem besten Ermessen benützen, um diejenigen, welche
eine Wiederaufhebung des Verbetes vermittelst der Wiederherstellung
des Friedens in America anstreben, zu überzeugen, daß der kürzeste
Weg zu diesem Ziele darin bestehe, daß den Aufständischen Theilnahme
und Unterstützung entzogen, die Schlichtung unserer inneren Zwistig-
keiten ausschließlich der Bevölkerung der Vereinigten Staaten anbeim-
gestellt wird. William S. Seward.

Laut Berichten aus Charleston vom 24. August,
Abends, war das Fort Sumter vollständig zerstört worden,
hatte sich jedoch nicht ergeben. Die Unionsflotte schickte sich an,
im Hafen weiter vorzudringen. Man war sehr unzufrieden
mit der Langsamkeit ihrer Operationen. Die Forts Moulton,
Gregg und Johnson, so wie die Batterien auf der
Sullivan- und der James-Insel unterhielten ein ununter-
brochenes Feuer auf die auf der Morris-Insel befindlichen
Unions-Truppen, fügten ihnen jedoch nur wenig Schaden
zu. In der Nacht vom 21. warf General Gilmore fünf
Bomben mit einer Füllung von griechischem Feuer nach
Charleston hinein. General Beauregard protestirte gegen
die Kürze der zur Entfernung der Weiber und Kinder ge-
statteten Frist, und auch die Consuln Englands, Frankreichs
und Spaniens verlangten mehr Zeit zur Entfernung ihrer
Staatsangehörigen. General Gilmore antwortete damit,
daß er nochmals die Uebergabe des Forts und die Auslie-
ferung des öffentlichen Vermögens forderte. General
Beauregard begehrte darauf eine Waffenruhe von 40 Stun-
den. General Gilmore verweigerte diese und erneuerte das
Bombardement der Stadt in der Nacht vom 22. Der
„Richmond Examiner“ sagt: „Das Bombardement der
Stadt und die Zerstörung leerer Häuser sind von unterge-
ordneter Bedeutung, wenn sich die Festungswerte und der
Hafen halten lassen.“ Zwei Schiffe, welche die Blockade
gebroschen hatten, liefen am 23. in den Hafen von Charle-
ston ein. Die Unterhandlungen zur Auswechslung von Ge-
fangenen dauerten fort. Die Weigerung der Conföderirten,
die Neger als Kriegsgefangene zu betrachten, verursacht
einige Schwierigkeit. Während eines Zeitraumes von fünf
Tagen sind 12 Dampfer in Wilmington (Nord-Carolina)
eingelaufen. Einer derselben hatte 1500 Tonnen Last und
war für 6 Kanonen gebohrt. Hier in New-York hat eine
aufgeregte Berathung stattgefunden, in welcher die Con-
scription als eine grausame und unmenschliche Maßregel
verurtheilt und auf Schritte gedrungen wurde, um ihren
Folgen vorzubeugen. Ein Comité ist ernannt worden, wel-
ches mit dem Gouverneur Seymour über die Befestigung
der Maßregel Rücksprache nehmen soll.

Ueber neue panslavistische Bestrebungen

gehen der „Sonnt.-Ztg.“ folgende Enthüllungen aus Lon-
don zu:

„Das Wiedererscheinen Bakunin's und die zahlreichen
Conferenzen desselben mit Mazzini erregten die Auf-
merksamkeit der politischen Welt in nicht geringem Grade.
Bakunin, dem die Russen den Namen des Schrecklichen bei-
gelegt haben, dieser Mensch, der als Chorführer der Pan-
slavisten gilt, dieser Mann, der in seinen Schriften so weit
ging, die gegenwärtige Dynastie in Rußland als eine fremde
zu bezeichnen, den Kaiser Nikolaus einen Usurpator zu
nennen, Bakunin, der erst kürzlich an die Spitze einer Schaar
sich stellte, der die Absicht hatte, den Polen zu Hilfe zu
eilen, dieser Mensch, dessen Klucht aus Eibirien ein nicht
geringeres Räthsel ist, als seine Klucht aus österreichischer
Gaist; dieser sonderbare Mensch glaubt die Saat des Pan-
slavismus in Europa gereift und arbeitet an einer Verfüh-
rung mit Rußland. Man erzählt mir in Kreisen, die es zu
wissen in der Lage sind, daß Kaiser Alexander II. erst
kürzlich einen Staatsrath Tschinoff nach London sandte,
der mit Bakunin verhandelte; das Resultat dieser Verhand-
lungen war sein geringeres, als daß Bakunin, der die Fäden
der „Verschwörung“ in Händen hat, dem Czaren die hün-
digen Zusicherungen machte, wenn dieser dahin einwilligen
sollte, daß die russische Politik den Panislavismus offen an
ihre Fahnen schreiben und in diesem Sinne handeln würde.
Bakunin, dessen Verbindungen bis nach Böhmen reichen,
arbeitete ein Exposé aus, das er dem Czaren zur Geneh-

migung unterbreitete, und diese soll erfolgt sein. Mit diesem
Gerücht steht die vielverbreitete und allgemein geglaubte Nach-
richt des baldigen Erscheinens einer Constitution für Rußland
in Verbindung.

Da es wahrscheinlich ist, und das in London tagende
Polencomité hat dies bereits ausgebrochen, daß die Polen
eine russische Verfassung von sich weisen werden, so geht
Bakunin's Plan dahin, sämtliche slavische Völkerschaften
zu insurgiren, um auf diese Weise eine Contrerevolution
gegen Polen in's Werk zu setzen; die Polen, vom Auslande
im Stich gelassen, von ihren Brudervölkern nebst den Russen
aufs härteste bedrängt, werden auf diese Weise, in kürzester
Frist, sich auch moralisch für besiegte erklären, und zur rus-
sischen Fahne zurückkehren. Zahlreiche Emigrirte wandern
in die Donaufürstenthümer aus, um für Rußlands Con-
stitution Propaganda zu machen, und um Oesterreich's Auf-
merksamkeit zu theilen, wird in Montenegro in naher Zeit
ein neuer Aufstand vorbereitet. Bakunin, welcher mit Maz-
zini Hand in Hand geht, hat den Plan entworfen, auch in
Italien die unzufriedenen nationalen Elemente aufzuregen,
und mit dem Plane soll die Reise Mazzini's nach Genf und
die außerordentliche Thätigkeit in Carrara in Verbindung
stehen. Bakunin ist, wie ich Sie aufs bestimmteste ver-
sichern kann, für Rußland ein Feind. Es steht fest, daß
die Feinde Oesterreichs im Auslande sehr rühmig sind, und
Oesterreich mag auf seiner Huth sein und vor Allen der
panslavistischen Propaganda innerhalb seiner Grenzen ein
Ziel setzen.

Ein Blick auf die wie Pilze aufwachsende Literatur der
panslavistischen Propaganda beweist klar, was die Reinde
Ihres Landes im Sinne haben: die vielen Hunderte Pro-
schüren, welche unter dem Schutze englischer Pressefreiheit hier
erscheinen, athmen sämtlich Haß gegen Oesterreich und
mißgönnen diesem Staate seine Prosperität und predigen
den Kreuzzug gegen denselben. Wielopolski, der Run-
gere, war kürzlich in London, und seine Reise soll mit den
Ihnen bezeichneten Zwecken im Zusammenhang stehen. Die
Zeit des Markgrafen Wielopolski ist nun wieder gekommen;
der Czar hat diesem Staatsmanne einen Posten in seinem
engern Rathe zugedacht, dem Wielopolski ist es, der die
Grundzüge der russischen Verfassung entworfen und zum
Theil ausgearbeitet hat. „Kaiser Alexander II. und sein
Reich“ bezieht sich ein Buch, das unter dem Schutze der
russischen Propaganda hier erschienen ist. Dieses Buch soll
von Wielopolski während seines Aufenthaltes in Riga ver-
faßt sein. Ich entnehme diesem Buche vorläufig nur die
eine Stelle, welche beweist, daß der Plan einer russischen
Constitution nicht von der „France“ erfunden ist, sondern
bald zu Reich und Blut werden wird. „Eine freie Ver-
fassung für das gesammte russische Reich wird den Vortheil
haben, alle Elemente durch die moralische Macht der Frei-
heit um den Czaren zu concentriren. Wir müssen von Oester-
reich lernen. Oesterreich gab seinen Ländern eine Verfassung,
um uns in Europa zu isoliren; isoliren wir es, indem wir
seine Verfassung dem heiligen Rußland anpassen; die slav-
ischen Elemente werden dann gegen unser Centrum gravit-
ren, und Oesterreich wird anstatt Heil, aus seiner Verfas-
sung Verderben ernten.“

Der Aufstand in Polen.

Am 4. d. wurde auf dem Glacis der Citadelle von
Warschau ein Mann gehängt, welcher das Attentat auf
Skowronski verübt haben soll. Der „Dzien. Powsz.“ be-
richtet darüber:

Am 14. d. M. ist der Polizei-Beamte Skowronski in
einem Caffeehause auf der Padwalskistraße am Bauche ver-
wundet worden. (Eine Bemerkung theilt mit, daß er sofort
nach dem Hospital gebracht wurde, wo er nach einigen Tagen
starb.) Der Mörder fing an zu fliehen, und obwohl
anfangs von Skowronski und dann auf das Rufens des Ver-
terten von zwei Polizisten verfolgt, gelang es ihm, in die
Ritterstraße sich zu flüchten. Kurz darauf wurde er aber
arrestirt, und es zeigte sich, daß es der Schneidergeselle Ra-
minski war. Raminiski arbeitete bei einem Schneider; seit
zwei Wochen verließ er seine Arbeit und trieb sich in den
Straßen Warschauer herum. Der Mörder wurde erkannt,
sowohl von Skowronski selbst, dem er an demselben Tage
vorgestellt ward, als auch von zwei Polizisten, die ihn
verfolgt hatten. Aus der Untersuchung hat sich gezeigt, daß
das Attentat auf Skowronski das Werk der rebellischen
Partei war, welche in der letzten Zeit, als zu dem letzten
Mittel, den Aufruhr im Lande zu erhalten, zum politischen
Morde gegriffen hat; daß Raminiski ein Werkzeug dieser
Partei war, und daß er gleichzeitig zu der Körperlichkeit der
sogenannten National-Organisation in der Eigenschaft eines
Hundertmanns gehört hat. Unabhängig von diesem, ist aus
den Umständen der Angelegenheit zu ersehen, daß das Atten-
tat auf Skowronski mit früher durchdachtem Plane verübt
wurde. Skowronski wurde nämlich von dem Volontär im
Magistrat, Dszewski, getroffen, und nach jenem Caffeehause
eingeladen, aus dem Dszewski, nachdem er zwei Tassen
Caffee bestellt, in der vorgegebenen Absicht, Cigarren zu
holen, sich entfernte. Während der Abwesenheit Dszewski's
wurde Skowronski verwundet. Das Kriegsgericht hat
den Raminiski für sein Vergehen auf Grund Art. 83, 386
und 632 des Buchs 1 des Kriegs-Criminal-Codex und Art.
20, T. XV der Gesefsammlung des Kaiserreiches, zum Tode
durch Erhängen verurtheilt.

Außer Raminiski wurden noch drei Personen erkannt,
welche an Wüthert und seinen Genossen, wie früher be-
richtet, einen Raubmord verübt hatten.

Ein Circular der Warschauer Postverwaltung bezeich-
net die Formalitäten, welche bei Revision der Postpakete
durch Militär-Behörden zu beobachten sind. Der Revisi-
rende kann die verdächtig erscheinenden Briefe zurückhalten;
andere Briefe, die nur geöffnet werden, hat er mit seinem
Siegel wieder zu schließen. Ebenso müssen nach beendeter
Revision die ganzen Briefpakete mit dem Siegel des Revi-
dierenden versehen und von ihm der Tag der Revision, dann
die Zahl der zurückgehaltenen Briefe bestätigt werden. Die
Revisionen können in allen Postämtern und auch während
der Fahrt vorgenommen werden. Endlich wird angeordnet,
daß das Warschauer Postamt die Voraussendungen von

Notizen über Postsendungen mit Militär-Convoi künftighin zu unterlassen hat.

In den Kreisen der polnischen Emigration in Paris geht das Gerücht, daß ein „außerordentlicher Commissar“ von Seiten der Nationalregierung mit wichtigen Aufträgen für das Pariser Polcomité eingetroffen sei, ja man behauptet, daß jener Commissar der Graf Kaver Branicki sei, der in der That mehrere Wochen abwesend war, und seit einigen Tagen plötzlich wieder in Paris erschienen ist. „Wie ich Ihnen schon gemeldet — schreibt man der „Gen.-Corr.“ aus Paris — ist es unter den Polen beschlossene Sache, den Aufstand mit allen erdenklichen Mitteln zu unterstützen und auch den Winter über dauern zu lassen, weil nach der Ansicht der Leiter des Aufstandes im nächsten Frühlinge wichtige politische Ereignisse eintreten sollen, worunter auch die Lösung der polnischen Frage zu verstehen sei. Diese Ansicht ist so fest begründet, daß man fast meinen sollte, die Nationalregierung in Polen habe bezüglich der Fortsetzung des Aufstandes ein Vorabwort erhalten. Auch der Frankfurter Fürstencongress wird mit den politischen Ueberraschungen in Verbindung gebracht, welche angeblich für das Frühjahr vorbereitet werden.“

Aus Tarnow, 6. September, wird der „Presse“ telegraphisch: Gestern wurde der Reichsrathsabgeordnete Carl Rogawski durch einen Kreiscommissar unter Aufsicht der Gendarmerie in Lwim verhaftet.

Nach einem Telegramm aus Lemberg kämpften am 3. die Insurgenten unter Gwiel und Kowalew von 4 Uhr Nachmittags bis spät Abends mit den Russen unter dem Obersten Miednikow westlich von Brasnograd bei Teresopol. Der Ausgang des Gefechtes ist noch unbekannt. Die Insurgenten haben 29 Tode und 103 Verwundete gehabt. Von Russen wurden bis 5. Sept. 61, dann 3 Flüchtlinge im Cieszanower Bezirk übernommen. Am 4. wurde weiter östlich Kanonen Donner gehört. Wie anderweitig gemeldet wird, hätten die Russen weit mehr verloren und die Polen 2 Kanonen erobert.

Neuestes

Soburg, 7. September. Herzog Ernst ist gestern nach Teserreich abgereist. Derselbe bezieht sich vorläufig nach Greinburg und später nach Wien zum Besuche Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich.

Wien, 8. September. Stauwürdigem Mittheilungen zufolge hat Großfürst Constantin die Mission eroakten, in Wien einen nachmaligen Versuch zu machen, Oesterreich zur Billigung und Anerkennung der in den letzten Antworten des Fürsten Gortschakoff ausgedrückten Ansichten über die Opportunität der Regelung der polnischen Frage im Wege eines Arrangements seitens der drei Theilmächte zu bestimmen. Die Absendung der neuen Antworten werden des Petersburger Cabinets soll erst nach dem Bekanntwerden des Resultats der diesfälligen Mission des Großfürsten Constantin erfolgen. (Tel. d. St.-Bzg.)

New York, 29. August, Abends. Die südstaatlichen Journale verüchern, Präsident Davis habe nach einer Conferenz mit den Gouverneuren der Südstaaten beschlossen, ein Corps von 500,000 Mann Regimentsstärke zu formiren, welche die Freiheit und nach Beendigung des Krieges per Mann fünfzig Acres Land erhalten sollen.

Kopenhagen, 7. September. Der „Berlingske Tidende“ zufolge ist über Peterburg ein Telegramm eingegangen, welches von dem am 28. Juni erfolgten Abschlusse eines sehr vortheilhaften Handelsvertrages durch den dänischen Gesandten Nagelski mit dem ersten Beamten des Kaisers von China berichtet. Dänische Schiffe wurden demgemäß sofort in Jantsejiang zugelassen.

Zur Nothlage.

Dem „Sürgöny“ werden aus Wien für Ungarn höchst wichtige und erfreuliche Mittheilungen gemacht. Die aus Wien, 4. September datirte Correspondenz lautet:

Se. k. k. apostolisch Majestät ist heute Mittags von dem deutschen Fürstencongress aus Frankfurt glücklich in den Mauern der Allerhöchstherrn Rückkehr mit einem politischen Heise stierenden Reichshauptstadt eingetroffen.

Und kaum daß Se. Majestät zwischen den im Prachtgewande strahlenden Mannern der den Triumph feiernden Residenzstadt unter dem eben so reichlich herrlichen und freudvollen, als euhymnastischen und großartigen Empfang Ihres Volkes eingezogen waren, kaum daß Se. Majestät von dem Wagen abstiegen und die geliebten Angehörigen nach einer zwanzigtägigen Abwesenheit wiedergesehen, war es auch schon, ohne von den Mähen des großen Weges sich abzuhören, die erste Sorge Sr. Majestät, der erste Gegenstand der Allerhöchsten Aufmerksamkeit unter so vielen wichtigen Angelegenheiten des Reiches: Ungarn, und eine allerhöchste Einschließung behufs unverzüglicher Deckung der durch die Dürre in unserem Vaterlande hervorgerufenen materiellen Bedürfnisse. Se. Majestät haben nämlich mittelst dieser Allerhöchsten Einschließung sofort allergnädigst zu genehmigen gerührt, daß durch die ungarische Regierung zu Saatkorn eine Million Weizen zusammengekauft und unter die in Noth befindlichen Gemeinden des Landes vertheilt werde.

Dieses Saatkorn, bestehend aus 700,000 Megen reinen Weizen bester Qualität und aus 300,000 Megen Roggen wurde — wie wir vernehmen — in Anhoffung der Allerhöchsten Genehmigung nicht nur vorläufig schon angekauft, sondern befindet sich bereits unterwegs, ja wenn diese Zeiten das Licht erblicken werden, wird dasselbe größtentheils schon in allen jenen Gemeinden eingetroffen sein, wo sich der größte Mangel an Saatkorn zeigt.

Dieses Getreide wird zu den billigsten jetzigen Marktpreisen gegen Rückzahlung in drei Jahren als Darlehen ausgetheilt werden, ohne alle Zinsen und werden bloß als Entschädigung für den Preisverlust 1/2 Pct. seiner Zeit bei der Rückzahlung berechnet werden.

Indem das schwere Geschick Seines in so hohem Maße von Noth heimgeführten Volkes dem Monarchen so sehr am Herzen liegt, daß Er von der Frankfurter Fürstencongress zurückgekehrt, seine ersten Sorgen ihm widmet, können wir mit voller Hoffnung und tiefem Vertrauen erwarten, daß unser Herr und König auch jene weiteren unsoffendenden Verfügungen, welche hinsichtlich der Abwendung des Nothstandes noch erforderlich sind, in kurzer Zeit allergnädigst zu treffen geruhen wird, indem ohnehin in unserer Aller Gnade die Heberzeugung und das tröstende Bewußtsein unerschütterlich feststeht und lebt, daß Se. Majestät Seine getreuen Völker nicht vor Noth verkümmern und Hungers sterben lassen werde!

Mit wahrer Seelenfreude nehmen wir die Jelder zur Hand — schreibt „P. N.“ — um zu registriren, daß eine der geachteten Damen unseres Vaterlandes, die Witwe des in lebhafter Erinnerung eines jeden Ungars lebenden weiland Stefan Bezzeredj, zu Gunsten der Nothleidenden in unserem Vaterlande eine namhafte Summe spendete. Wir können nicht umhin, fährt „P. N.“ fort, den Brief der verehrten Dame, in dessen Begleitung die Spende an uns gelangte, seinem vollen Wortlaute nach mitzutheilen. Die schönen Zeilen lauten: Sidja, 6. Sept. 1863. Geehrte Redaction! Möge es auch mir gestattet sein, jene Bereitwilligkeit in Anbetracht zu nehmen, welche die geehrte Redaction ihren Lesern zur Ueberrahme der zur Abwendung der Nothlage im Afford bestimmten Spenden widmete. Die Summe, welche ich hier beifüge, beträgt 500 fl.; ich wünsche, daß der Werth derselben jene Bereitwilligkeit, mit welcher ich sie darreichte und jener heilige Wunsch habe, daß mir meine, durch die gegenwärtigen misslichen Ueberrungsverhältnisse ebenfalls beschränkten Umstände eine baldige Vergrößerung dieser Gabe geschehen mögen. Genehmige die geehrte Redaction den Ausdruck meiner aufrichtigen Achtung, mit der ich verbleibe Ihre Verpflichtete: Stefan Bezzeredj's Witwe.

Aus Agram vom 4. wird dem „P. N.“ geschrieben: Mit jener erwiderten Fürsorge, welche den Nothleidenden Croatiens seitens der Veneration jenseits der Drau im Jahre 1860 zu Theil ward, geht man gegenwärtig in allen Theilen Croatiens und Slavoniens zu Werke, um für die Nothleidenden in Ungarn erzielte Geldsammlungen zu veranstalten. Aus diesem Anlasse sollte sich die Hauptstadt Croatiens die Aufgabe, hinter den anderen Städten und Municipien in dieser Beziehung nicht zurückzubleiben, sondern beschloß in ihrer letzten Gemeinverordnetenversammlung zur schärfsten Förderung des menschenfreundlichen Zweckes: 1. Aus der städtischen Casse foglich 500 fl. zu geben; 2. die Gemeinmeister mit der Einmahlung der Beiträge zu betrauen, und die Bevölkerung mittelst öffentlicher Plakate hierzu aufzufordern; 3. Concerte durch die einheimischen Musikanten; 4. Abendunterhaltungen auf der hiesigen bürgerlichen Schipsstätte in Verbindung mit der Anspielung verschiedener Gegenstände und 5. Vorstellung durch die hier befindliche Reitergesellschaft unter gleichzeitiger Einhebung derselben von der für die hiesigen Armen zugesagten Beneficenzvorstellung.

Tagesneuigkeiten.

Arad, Das Sonntag den 6. d. M. abgehaltene Bestschiesse ergab folgendes Resultat, u. z.: Herr Johann Wittet 1 Nagel, 1 Vierer und 3 Dreier; Herr N. A. r a y 3 Nre 2 Vierer und 2 Dreier; Herr Bernhard W l a u 1 Vierer und 2 Dreier; Herr Ernst Richter 1 Vierer und 1 Dreier; Herr Anton Szentpétery 1 Vierer und 1 Dreier; die Herren Stef. Ambrózy und Joh. Szojka je 1 Dreier. — Außerdem wurden 27 Zweier, 34 Einsler, somit im Ganzen 80 Völler geschossen. — Das Dienstag den 8. d. M. abgehaltene Bestschiesse ergab folgendes Resultat, u. z.: Herr N. A. r a y 3 Nre 1 Nagel, 2 Vierer und 3 Dreier; Herr Johann Wittet 1 Nagel, 3 Vierer und 1 Dreier; Herr Joh. Szojka 1 Nagel und 2 Dreier; Herr Ernst Richter 2 Vierer und 3 Dreier; die Herren Tobias Feldinger und Johann Dományi je 1 Vierer und 1 Dreier; die Herren Gustav Kócska und Wenzel Felgenbauer je 3 Dreier; die Herren Bernhard W l a u und Stefan Ambrózy je 2 Dreier; die Herren Franz Brunner und Anton Szentpétery je 1 Dreier. — Außerdem wurden 17 Zweier, 45 Einsler, somit im Ganzen 89 Völler geschossen.

(*) Erlass des k. k. Finanzministeriums vom 4. September 1863, womit der Termin zur Einziehung der Conventionsmünz-Einfreuzer- und Einhalbfreuzerstücke bis Ende September 1863 erstreckt wird.)

Das Finanzministerium findet den, laut Finanzministeriums-Erlass vom 6. März 1863 (R. G. B. Nr. 26), bis Ende August 1863 andernamst gewesenen Termin zur Einziehung der Conventionsmünz-Einfreuzer- und Einhalbfreuzerstücke („Wiener Zeitung“ vom 10. März 1863) bis Ende September 1863 zu verlängern.

Diese Münzen sind daher von allen Cassen und Aemtern noch bis Ende September 1863 bei den Einzahlungen und Verrechnungen anstandslos anzunehmen, wegen einer weiteren Veranlagung derselben von Seite der Cassen und Aemter nicht mehr statfinden darf.

Nach Ablauf des Monats September 1863 werden die genannten Kupfermünzen nur als Kupfermaterial nach dem Gewichte zu dem hiefür besonders festgesetzten Preise bei den in dem obgedachten Erlasse bezeichneten Cassen und Aemtern angenommen werden.

v. Plener m. p.

Die Zahl der Adeligen männlichen Geschlechtes im Kaiserstaate beläuft sich nach den neuesten Ausweisen auf 250,000, an welcher Summe nebst Galizien (mit 24,000) am meisten Ungarn mit 163,000 vorunter sich vier fürstliche, 84 gräfliche, 76 freifreiherrliche Familien und 390 Indigene befinden. Antheil nimmt. Böhmen zählt unter 2260 Adeligen männlichen Geschlechtes, nach Familien gerechnet, 14 Fürsten, 172 Grafen und 80 Freiherrn.

Der statistische Congress in Berlin ist am 6. d. M. vom Minister des Innern durch eine kurze Begrüßung im reich decorirten Saale des Herrenhauses eröffnet worden. 383 Mitglieder sind

erschienen. Auf Verlangen des Marquis v. Auilla wurde das protokollische Bureau zum schrittweisen ernannt. Der Minister des Innern ist Ehrenpräsident; Engel, Leiter der Verhandlungen. Sammtliche fremdstaatliche Delegirten sind Ehren-Vizepräsidenten. Schriftführer sind, und zwar: für die Protokolle in deutscher Sprache Beck und Schwab; für jene in französischer Sprache: Kammer und Pouchet; für jene in englischer Sprache: Hamilton. Nach Bestimmung der Tagesordnung forderte der Minister auf, die Sectionen zu constituiren und zeigte an, daß der König morgen um 2 Uhr die Mitglieder empfangen werde.

Als Beispiel eines ungewöhnlich hohen Alters verdient mitgetheilt zu werden, daß in der Gemeinde Gleuel, Landkreis Köln, eine Frau — Witwe Margaretha Meirns, geborene Brühl — wohnhaft ist, die gegenwärtig 102 Jahre zählt und noch so großer Muthigkeit sich zu erfreuen hat, daß sie ohne Stock und umgeben von Arbeitern in Haus und Feld nachgehen kann. Sie ist Mutter von 8 Kindern, hat 38 Enkel, 42 Urenkel und bereits einige Urenkel. Ihre Kinder sind ebenfalls gesund und rüstig. Der jüngste ihrer Söhne ist 66 Jahre alt, und trägt noch mit Leichtigkeit einen Saß Roggen die Treppe hinauf.

(Erster deutscher Hundemarkt.) Die Stadt Weiden kam auf den originellen Einfall, einen großen Hundemarkt zu veranstalten, welcher auch am 1. und 2. d. M. abgehalten wurde. Es wurden an 500 Hunde zu Markte gebracht, darunter über 100 Jagdhunde, von denen einige zu Preisen von 10, 15 und mehr Thaler, reichlicher abgingen. Schaf- und Fleischerhunde waren wenig, Lupus hunde ziemlich stark vertreten, aber wenig begehrt.

Sechs Fälle von politischem Wahnsinn werden in dem amtlichen Bericht über die städtische Irrenpflegeanstalt in Berlin erwähnt. Das „Comm.-Bl.“ schreibt: „Nächstlich der veranlassenden Antriebsmomente ergab sich die merkwürdige Thatsache, daß nicht weniger als sechs Individuen durch Beschäftigung mit der Tagespolitik in Wahnsinn verfallen waren. Den höchsten Grad erreichte diese Form von Geistesstörung bei einem 20jährigen Gymnasialisten, der durch einseitiges Zeitunglesen und durch Besuchen der Kammerkassisten in einseitige Aufregung gerathen war, die sich später zu den qualvollsten Wahnvorstellungen steigerte. So glaubte er, durch sein politisches Verhalten sich den Haß der Volkspartei zugezogen zu haben, und schwebte in beständiger Angst, erschossen oder auf andere Weise ums Leben gebracht zu werden. Bei den anderen Personen zeigte sich ein vorwiegend reformatorischer Trieb; sie trugen sich mit allerhand die Verbesserung des Landes bewirkenden Plänen und wollten den Ministern Aufschlüsse über die drückende Lage des Landes geben, auf Abschaffung schreiender Mißbräuche dringen; ja einer hatte in dieser Absicht schon eine Audienz bei dem König nachgesucht, wobei seine religiöse Hinnahme erfolgte.“

Folgendes Gaunerstückchen wird von der „A. Z.“ erzählt: Am 3. September bestellte ein Passagier im „Hotel zur Stadt Dresden“ in A r a k a u einen Wechsel mit 600 Thalern zu sich, empfing den gewünschten Betrag und begab sich damit in das anstößende Zimmer. Als er nach längerer Zeit nicht zurückkehrte, trat der Wechsel nur auch in das zweite Zimmer, fand es jedoch zu seinem größten Schrecken leer, der Betrüger hatte durch eine andere Thüre das zweite Zimmer und das Hotel längst verlassen.

Der interimistische Generalgouverneur von Algerten hat die Veröffentlichung der meteorologischen Vorhersagungen des Herrn Bulard, Director der Sternwarte in Algier, untersagt. Herr Bulard hatte sich nämlich in seinen Berechnungen geirrt und für den 31. Juli furchtbare Orkane prophezeit. Das Wetter war an diesem Tage nummerschön, aber nichtsofortwenniger hatte die düstere Vorhersage mancherlei empfindlichen Nachtheil herbeigeführt. Von der Tafna bis zur tunesischen Grenze waren alle Barken auf den Strand gezogen und die größeren Schiffe brauchten alle nur erdenklichen Vorsichtsmaßregeln, um nicht von den Anfern gerissen zu werden. Tausende von Meuren, die noch der Heimführung eines Orkans vom 10. August 1862 gedachten, hatten sich auf das flache Land gestürzt, um dort unter Zelten die Catastrophe Bulard abzuwarten. Deshalb nun das Verbot weiterer meteorologischer Zukunftsmitteltheilungen.

Handels- und Börsennachrichten.

R. & R. Arad, 9. September. (Orig.-Ber.) Im Getreidegeschäft bleibt die Stimmung für Weizen unruhig, ohne daß die Preise wesentlich höher wären. Selbst am Better Plaze, wo der Verkehr in der abgelaufenen Woche ein sehr lebhafter war — der Umsatz wird auf 150,000 Megen veranschlagt — sind die Preise durchschnitlich bloß um 10—15 fr. avancirt und dürften auch im Verlaufe der nächsten Zeit keine wesentliche Steigerung erfahren, indem, wie verlautet, die mit dem Gerdeicauf für die Regierung betrauten Commissionäre ein gewisses Limito haben, das sie nicht überschreiten dürfen.

Au unserem Plaze ist der Verkehr nicht lebhaft, die Preise ohne wesentliche Veränderung.

Die Witterung ist anhaltend sommerlich warm und trocken, der Horizont ist ganz wolkenfrei.

Der M a r s - W a s s e r s t a n d unverändert abnehmend und knapp.

Telegraphirter Cours der Staatspapiere in Wien

vom 9. September 1863.

5% Metalliques	77.80
5% National-Anlehen	83.50
Banfactien	799.—
Creditaetien	193.00
1860. Staatsanleihe	100.65

Wechsel-Cours.

Silber	111.35
London	111.40
Dankaten	5.331

Credit auf e
16. Bie
St.-G
Sal
Die
thum, u
(711-8)
1228. Die
Audi
In Folge Ver
Anfangs d. d
August 1863, J
des Prater f
des p. Arats m
nehmung folgt
am 14. Septem
von L. F. Balda
über zu begeben
weiter in Bah
Zu G
1. Die Waldd
novak oder
namte kleine
mit
2. Die Waldd
mars mit
Zu Mon
3. Die Waldd
gavah, Eragen
namt mit
4. Die Waldd
derlat, Haduc
lor genannt
Zu Kov
5. Die Adergar
6. Die Kalkofen
doba mit
Zu der
7. Die Zutter
naag, Stahl
unremite de
Necalatogeb
Die ebendam
3 nacheinander
November 1863
ausgenommen
manien Klade
Berlangen der
Jahre bntange
Vahluftigen
mit der legalen
mogens-Verp
Verabingung
vereben, wollen
und Ort einne
Die Accarion
Tage der Vicar
nelien, können
gerichtigsten Wal
Arad am 6.
1756.
Audi
Den Zeit
Staats-Doman
gemacht, daß d
Zent-Anna d
lameral-berich
beständige, in
1862, und 18
20 und 30.
allgemeine geg
an Ort und
Berobalt der
werden wird, n
geladen werden
Paulis am
Don
E
Berr
für das gr
weißen Kre
wird aufgen
Negalienpa

